Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Als Beilage Donnerstag und Sonntag der
Stettiner Hausfreund.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 59. Abendblatt. Montag, den 5. Februar. 1866.

Deutschland.

□ **Berlin**, 4. Februar. In der nächsten Sitzung des Herrenhauses am Donnerstage wird, wie man erfährt, die Staatsregierung diejenigen in der Eröffnungsrede in Aussicht genommenen Gesetzesvorlagen einbringen, durch welche die der freien Verwerthung der Arbeitskraft noch entgegenstehenden Beschränkungen aufgehoben werden sollen: sie betreffen das Koalitionsrecht und das Einzugsgeld. — Das durch das Landes-Oekonomie-Kollegium wieder in Anregung gebrachte und an maßgebender Stelle günstig aufgenommene Projekt der Errichtung eines landwirthschaftlichen Museums dürfte um so leichter zur Ausführung kommen, als erhebliche Kosten dadurch voraussichtlich nicht entstehen werden. Bereits haben sowohl Mitglieder des Landes-Oekonomie-Kollegiums als auch andere Freunde der landwirthschaftlichen Interessen behufs Ausstattung des Museums dankenswerthe Anerbietungen gemacht, namentlich Maschinen, Wollesammlungen ꝛc. Es wird also vor Allem auf die Ermittelung einer passenden Lokalität ankommen. — Gelegentlich bei Sitzungen des Landes-Oekonomie-Kollegiums hat auch das Komité der Koppe-Stiftung, dessen Mitglieder größtentheils jenem Kollegium angehören, eine Berathung gehalten. Es hat sich dabei ergeben, daß die Beiträge zu der Stiftung, obgleich nicht unerheblich (im letzten Jahre z. B. ca. 1000 Thaler), doch nicht so reichlich geflossen sind, um dem Zweck des Unternehmens völlig zu entsprechen. Man glaubt daher, daß die Stiftung sich auf die Verleihung eines Preises wird beschränken müssen. Definitive Beschlüsse sollen durch eine im April abzuhaltende Versammlung aller Betheiligten gefaßt werden. — Die österreichische landwirthschaftliche Gesellschaft gedenkt im Mai d. J. eine land- und forstwirthschaftliche Ausstellung zu veranstalten. Dem Gesuche des Komités wegen Transporterleichterungen für die Ausstellungsgegenstände hat das Handelsministerium durch bezügliche Anweisung an die Eisenbahn-Direktorien bereits entsprochen. — Alles, was von Beschlagnahme der Zeitschrift „Daheim" und ihrer angeblichen Freigabe auf Anordnung des Ministerpräsidenten in den Zeitungen erzählt worden, ist Fabel. Das Blatt ist hier in Berlin ganz entschieden nicht, und, soweit meine Kenntniß irgend reicht, überhaupt nicht mit Beschlag belegt worden. — Der Herzog von Nassau hat die Ratifikation des italienischen Handelsvertrages auf indirektem Wege vollzogen, nämlich so, daß derselbe in seinem Namen und Auftrage durch Se. Majestät den König erfolgen soll. — Die Nachricht, daß Graf Bismarck das Wiener Kabinet ersucht habe, nunmehr die Entschädigungsforderungen bestimmt zu formuliren, die es als Vorbedingung seiner Zustimmung zu den Februarforderungen früher angedeutet hatte, ist aus der Luft gegriffen. Der jüngste Gedankenaustausch zwischen hier und Wien dürfte sich wohl lediglich auf die Vorgänge in Holstein beziehen.

— Für die Marine-Ersatz-Instruktion vom 9. Dezember 1858 sind soeben neue modifizirende und präzisirende Bestimmungen erlassen worden, wonach die bei den verschiedenen Dienstzweigen zur Ableistung ihrer Militär-Dienstpflicht einzustellenden Mannschaften genau nach ihrem früheren, dem betreffenden Dienstzweige verwandten bürgerlichen Beruf klassifizirt und demselben zugetheilt werden. Zugleich wird durch diese neue Instruktion jede gerade für den Marinedienst bisher noch obwaltende Exemtion aufgehoben. Außerdem aber ergiebt sich aus derselben, daß das Maschinen- und Heizerpersonal jetzt in eine besondere Maschinen-Kompagnie vereinigt worden ist. Der Mangel an einem ausreichenden Personal für den Dienst bei den Maschinen auf den Schrauben-Schiffen war bekanntlich eine der hervortretendsten Schwächen unserer jungen Seemacht während des letzten dänischen Krieges und ist seitdem auch Seitens der Marine-Verwaltung ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet worden, diesem Mangel durch möglichst beschleunigte Ausbildung von hierzu geeigneten Mannschaften abzuhelfen. Fortan wird sich nun dieser Dienstzweig nach der angeführten Bestimmung für die Maschinisten-Applikanten ausschließlich durch solche Personen rekrutiren, welche schon als Maschinisten oder Assistenten auf Dampfern oder Lokomotiven gefahren haben oder doch überhaupt eine ausreichende praktische Erfahrung in der Behandlung von Dampfmaschinen besitzen, wogegen für die Rekrutirung des Heizerpersonals vorzugsweise Feuer- und Maschinenarbeiter wie solche bestimmt sind, welche schon als Heizer auf Dampfschiffen, bei Lokomotiven und überhaupt Dampfmaschinen früher eine Verwendung gefunden haben. Ganz ähnlich sind in Hinsicht ihres früheren Lebensberufes auch die Bestimmungen über die Rekrutirung und Ergänzung der Werft-Division oder Handwerks- und der Matrosen-Stamm-Kompagnie. Auch das See-Bataillon soll sich fernerhin nur aus Mannschaften rekrutiren, welche auf dem Wasser ein Gewerbe treiben und nur die, jedoch bekanntlich nicht für den unmittelbaren Seedienst bestimmte, See-Artillerie richtet sich in Hinsicht ihrer Aushebung nach den für die Festungs-Artillerie gegebenen Bestimmungen. Dem Vernehmen nach hat diese neue Instruktion bereits auch für die zur Zeit statthabenden Schiffsmusterungen und die neueste eben erfolgte Marine-Aushebung eine Anwendung gefunden. Diese letztere wird daneben zugleich als eine neuerdings eingetretene Augmentation des Mannschaftsstandes der Marine bezeichnet.

Schleswig, 1. Februar. Zu der vom hiesigen Kampfgenossenverein zum 6. Februar beabsichtigten feierlichen Andacht auf dem Neuwerker Kirchhof an den Gräbern der Gefallenen wird, wie dem „Rendsburger Wochenbl." geschrieben wird, auch der Statthalter von Holstein als Höchstkommandirender eine Anzahl Offiziere kommandiren, um als Deputation der österreichischen Armee den Tag mit zu feiern. Oeffentliche Züge ꝛc. werden nicht stattfinden.

Jena, 1. Februar. In der bekannten Untersuchungssache gegen den Dr. med. Weiße aus Frankenhausen wegen versuchten Prinzenraubs und Erpressung fand heute vor dem hiesigen Oberappellationsgericht eine öffentliche Sitzung statt, welcher eine zahlreiche Zuhörerschaft beiwohnte. Nach einem Plaidoyer des stellvertretenden General-Staatsanwalts Dr. v. Groß einerseits und des Vertheidigers Dr. Zerbst andererseits erkannte der Gerichtshof, den Anträgen der Staatsanwaltschaft entsprechend, daß das angefochtene Erkenntniß des Schwurgerichtshofs zu vernichten und die Sache zur nochmaligen Verhandlung vor ein neues Schwurgericht zu verweisen sei.

Hannover, 2. Februar. Seit Sonnabend tagt hier wieder die Deutsche Civilprozeß-Kommission. Es gilt allein noch, die Redaktion des Entwurfes vorzunehmen. Solche ist bereits von einer Subkommission vorgearbeitet, deren Vorlagen die Kommission zu sanktioniren haben wird. Mit dem Ende dieses Monats wird das mühevolle Werk vollendet sein. — Unsere Stände werden zu Anfang des Monats März zusammentreten und der zahlreichen Militärvorlagen wegen mehrere Monate versammelt bleiben.

Ausland.

London, 1. Februar. Mannschaft und Passagiere des auf der Fahrt nach Newyork zu Grunde gegangenen Auswandererschiffes „Gratitude" sind durch die amerikanische Barke „Fredonia" glücklich nach Boston in Sicherheit gebracht worden. Barkenkapitän Burke bewies bei ihrer Rettung seltene Großherzigkeit und Aufopferung. Drei volle Tage währte es, bis er mitten in stürmischer See die 273 Auswanderer und 33 Matrosen des sinkenden Schiffes auf seine Barke bringen konnte. Und als kein Platz für die vielen Gäste war, da warf er, auf seine eigene Verantwortung, fast die gesammte Zwischendeckfracht über Bord, um Raum für die Geretteten zu schaffen. Elf Tage lang mußte sich Jeder mit einer halben Pinte Wasser und einem Zwieback auf den Tag begnügen. In Boston angekommen, nahmen sich die Stadtbehörden der Geretteten aufs Menschenfreundlichste an.

— Der durch seinen Reichthum und seine Mildthätigkeit berühmt gewordene Mr. Peabody — ein in Amerika geborener, aber in London heimisch gewordener Kaufmann — der schon vor ein paar Jahren der Stadt London die Summe von 150,000 Lstr. zur Unterstützung der ärmeren Volksklassen schenkte, hat diese Gabe jetzt durch eine Schenkung von neuen 100,000 Lstr. vervollständigt. Selbst in dem reichen und mildthätigen London erregt solche Großmuth Erstaunen. Von der ersten Spende sind bis jetzt ca. 80,000 Lstr. verausgabt und zwar dazu verwendet worden, anständige Wohnungen für arme und anständige, arbeitslustige Leute zu errichten, die für einen sehr billigen Preis die Gelegenheit erhalten, sich eine recht wünschenswerthe Häuslichkeit zu gründen. Ungefähr 150 Familien oder 800 Personen sind durch Peabody bis jetzt dem Schmutz und Elend der gewöhnlichen Londoner Armenquartiere entrückt worden. Wenn — sagt die „Times" — Jedermann in seinem Kreise und im Verhältniß zu seinen Mitteln Peabodys Beispiel nachahmte, dann wäre der Pauperismus bald eine Sage der Vorzeit.

Konstantinopel, 27. Januar. In Damaskus sind Unruhen ausgebrochen. Die Regierung schickt ein Geschwader von Dampf-Fregatten an die Küste von Syrien.

Newyork, 20. Januar. Das Durchgehen der Bill im Repräsentantenhause, welche den Negern im Distrikte Columbia allgemeines und unbedingtes Stimmrecht gewährt, wird als ein großer Triumph der Radikalen betrachtet. Die Majorität (118 gegen 52) war in der That eine entscheidende, und der Beifall des Publikums, namentlich der vielen anwesenden Neger, ein betäubender. Man zweifelt jetzt nicht mehr, daß die Bill auch im Senat durchgehen werde, desto widersprechender jedoch sind die Ansichten über die Haltung des Präsidenten zu diesen Beschlüssen. — Präsident Johnson weigert sich, wie es heißt, aufs Bestimmteste, Jefferson Davis oder irgend einen andern des Hochverraths Angeklagten vor ein Militärgericht zu stellen. Er will in diesem Punkte keine Ausnahme gestatten. — Da Commodore Winslow, welcher das Kriegsschiff „Kearsearge" in seinem Kampfe mit dem „Alabama" befehligt hatte, in Washington eingetroffen ist, wird der Prozeß gegen Kapitän Semmes demnächst beginnen können.

Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 3. Februar. Abgeordnetenhaus. (Fortsetzung.)

Herr Dr. Frese (Minden): Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß das Haus gern bereit sein würde, der kleinen Erwerbung Lauenburgs seine verfassungsmäßige Zustimmung zu geben, wenn ihm auf verfassungsmäßiger Grundlage von der Regierung entgegengekommen wäre. Aber wir erfahren nur den liebenswürdigen Spott des Herrn Ministerpräsidenten, den wir schon von anderen Gelegenheiten her kennen. Ich versage es mir, auf die details des Herrn Ministerpräsidenten, der sogar auf Cicero und Shakespeare zurückgegangen ist, zurückzukommen. Ferner bemerke ich, daß der Herr Ministerpräsident es wohl weislich unterlassen hat, unter den Staaten, die Reich genannt werden, ein preußisches Reich namhaft zu machen. Ich habe den preußischen Staat auch noch nie so nennen hören und möchte Ihnen diesen Ausführungen gegenüber einen der berühmtesten Staatslehrer in Göttingen, Zacharias, citiren. Ich bemerke jedoch nur schließlich, daß, wenn Lauenburg als ein deutscher Bundesstaat in dieser Frage zu betrachten ist, Christian von Dänemark auf dem Boden des Herzogthums auch nur drutscher Bundesfürst war, und die ganze Frage unter den Standpunkt des deutschen Bundesrechts fällt.

Minister-Präsident Graf v. Bismarck: Ich wollte mir nur erlauben, sofort einen Irrthum meines Herrn Vorrednes zu berichtigen, der mich nicht genau angehört zu haben scheint. Ich habe nicht Shakespeare, sondern Schlegel citirt, und es wäre mir in der That schwierig gewesen, Schlegel englisch zu citiren, um aus seinem Texte einen Streit über die Bedeutung eines Wortes aus der deutschen Sprache zu schlichten. Ob der Hr. Vorredner dieses Kunststück leisten kann, so geläufig ihm auch die englische Sprache sein mag, muß ich ihm überlassen. Im Uebrigen, meine Herren, ist Reden halten nicht meine Beschäftigung und ich lasse Disteln und Dornen des Hrn. Vorredners unbeantwortet.

Nach einem längeren Vortrage des Hrn. Hübner gegen den Antrag erhält das Wort Hr. Gneist:

Abg. Gneist für den Kommissions-Antrag. Der Redner erwähnt, daß von einer Erweiterung des preußischen Staatsgebiets gesprochen worden ist, ohne Erwähnung der Körperschaft, deren Zustimmung verfassungsmäßig erforderlich sei. Er könne sich die Lehre, nach welcher zwischen dem Könige und dem Staate noch die Krone stehe, worunter man jedenfalls das absolute Königthum zu verstehen habe, nicht erklären. Der Verfassungsbruch sei in dieser Sache augenscheinlich. Die Interpretation des „fremden Reiches" von Seiten der Regierung sei nnzulässig; nach der Ansicht des Redners gehöre unter diesen Begriff Alles, was außerhalb der Verwaltung des Preußischen Staates liege. (Sehr wahr!) Man möge eine genaue Bestimmung des Begriffes Reich geben; habe doch Lauenburg sogar seinen eigenen Reichstag. Die Berufung des Herrn Ministerpräsidenten auf die Kammern von 1850 sei unzntreffend. Die politische Seite der Frage anlangend, hebt der Redner in Betreff der Rechtsgründe hervor, daß es unter gewöhnlichen Umständen gleichgültig sei, ob man etwas positiv sagt; darüber müßte das Gefühl entscheiden. Die Kommission habe aus der Thronrede das Gefühl erhalten, daß eine negative Erklärung am Platze sei. (Sehr wahr.) Der Krieg sei geführt worden mit dem Gelde des Preußischen Staates, welches bis jetzt noch nicht ersetzt sei, mit Hingebung und mit dem Blute unseres Volkes, welches Niemand ersetzen wird. (Sehr wahr!)

Er ist geführt worden in der Aussicht, daß damit eine Aenderung in den Verhältnissen des zerrissenen deutschen Vaterlandes ihren prinzipiellen Anfang zum Bessern erhalten werde. (Sehr wahr!) Bei einer solchen Lage der Dinge können wir niemals unsere Zustimmung dazu geben, daß die moralischen Eroberungen in Deutschland geschwächt werden durch Schatullen-Zahlungen.

Die Frage vom Königsthum von Gottes Gnaden ist hier sehr übel daran. Unser preußisches Volk hat seine Interessen und seine Gefühle noch nicht getrennt von dem Hause Hohenzollern, ja, wir haben sogar die Tradition, daß es kein Preußen ohne Hohenzollern giebt. Wer reißt daran, wir oder Hr. v. Bismarck? (Hört! Hört!)

Wenn ich mir den Zustand denke, in welchem hier in Berlin einmal ein Mann seinem Landesherrn zur Seite stand, welcher die Absicht hatte, die Interessen von Oesterreich wahrzunehmen, ich meine Schwarzenberg, dann kann ich es mir zusammenreimen, wie man, als wir an einem Wendepukt der deutschen National-Entwickelung angelangt waren, den Rath geben konnte, mit Schatullen-Zahlungen Familien-Erwerb der Krone anzufangen (hört! hört!), und statt mit der Befestigung eines besseren Zustandes anzufangen, ein allgemeines Mecklenburg zu schaffen (Heiterkeit). Ich glaube meine Herren, der Herr Minister-Präsident glaubte ein außerordentlich weises Mittel gefunden zu haben, die kleine Unannehmlichkeit einer Vorlage zu umgehen. Dieses Mittel aber ist gefährlich, weil es moralisch wirken und lange wirken kann. Mir scheint hier wieder eine Verwechslung vorzuliegen; die Diplomatie ist vielleicht im Stande glänzende Erfolge noch heute zu erzielen, wenn sie sich auf ihrem Boden befindet, das heißt unter ihresgleichen; wenn sie sich aber in einen inneren Verfassungskonflikt mischt, für den ihr der Sinn oder wenigstens der sechste Sinn, der Rechtssinn fehlt, (Bravo) so wird sie dem Staate nur einen schlechten Dienst erweisen (Bravo).

Minister-Präsident Graf von Bismarck. M. H.! Sie wissen ich habe schon vorher darauf hingedeutet, ich bin kein Redner, (Widerspruch von allen Seiten) ein Vorzug, den ich dem Hrn. Vorredner bereitwillig einräume. Ich vermag nicht, mit Worten spielend auf Ihr Gefühl zu wirken, um damit Thatsachen zu verdunkeln. Meine Rede ist einfach und klar, und ich will mich darauf beschränken, zwei Momente, die mir aufgefallen sind, als unrichtig hervorzuheben. Der Herr Vorredner hat gesagt, wir hätten diesen Krieg mit dem Aufwande des Blutes des preußischen Volkes und seines Geldes geführt. Das bestreite ich nicht; aber nicht für Lauenburg, sondern für Schleswig-Holstein. M. H.! Ich appellire an Ihre eigenen Erklärungen, mit denen Sie mich feierlich beschworen haben: wir haben preußisches Blut nicht eingesetzt um Gewinn, um Eroberungen, sondern für die Sache Deutschlands, und diesen Krieg haben wir glorreich durchgeführt. Damit war Lauenburg in keiner Berührung, als daß es zufälliger Weise demselben Monarchen gehörte. (Gelächter und Unruhe.) Wir haben nicht mit Lauenburg Krieg geführt, und es ist Entstellung der Thatsachen, wenn es hier so dargelegt wird, als sei für dieses Herzogthum Lauenburg das Blut des preußischen Volkes geflossen. Das ist einfach unwahr. Im Uebrigen habe ich aus der Rede des Herrn Vorredners nichts entnehmen können, als daß er mit einem sehr scharfen und bitteren Accent, als wenn er das Härteste sagte, was gesagt werden könnte, der Regierung vorwarf, Se. Majestät der König habe aus Seiner Chatoulle Geld gezahlt, um eine vertragsmäßige Pflicht zu erledigen. Worin da das Vergehen liegt, inwiefern diese einfache Thatsache den Herrn Redner berechtigt, in einem Tone zu sprechen und Aeußerungen zu thun, als wenn er über ganz unglaubliche, unerhörte Dinge spräche, m. H., das verstehe ich wirklich nicht. Es gehört eine außerordentliche Gunst dazu, deren der Herr Vorredner sich in dieser Versammlung erfreut, daß Sie diesen gar nicht zur Sache gehörigen Bemerkungen Ihren Beifall schenken. Es fragt sich, ist die Regierung durch Artikel 55 und 48 der Verfassung verplichtet, Ihnen diesen Vortrag vorzulegen. Diese Verpflichtung hat der Herr Redner meines Erachtens nicht

nachgewiesen. Er hat gespöttelt über Chatoullezahlungen, über kleine Fürsten; er hat gesagt, wir wären am Wendepunkt der deutschen Sache. Wie weit wir damit sind, weiß ich besser als der Hr. Vorredner (Heiterkeit) aber was die Chatoullezahlung damit zu thun hat, ist mir vollständig unklar. Der Hr. Vorredner hat gesagt, es hätte im Interesse der Regierung gelegen, die Vorlage zu machen. Ja, m. H., wenn wir gewärtigen könnten, daß, falls wir Ihnen eine Vorlage machen, Sie sie mit besonderer Würdigung als im Interesse des Landes, ohne alle Nebenrücksichten beurtheilen und erwägen mit anderen Worten, wenn wir mit Ihnen eine glücklichere Ehe in diesen drei Jahren geführt hätten, dann würden wir Ihnen auch diese Vorlage wahrscheinlich gemacht haben (Aha! links) ohne dazu verpflichtet zu sein (Heiterkeit); aber dann würden wir auch unsererseits diejenigen Rücksichten gefunden haben, die wir bei Ihnen vermissen. Wenn Sie jede Vorlage nur dazu benutzen, um neue Elemente zu einer Scheidungsklage dieser Ehe zu suchen, warum sollen wir Ihnen Dinge vorlegen, zu deren Vorlegung wir nach dem Buchstaben der Verfassung nicht verpflichtet sind? Hierzu sind wir nicht verpflichtet, und deshalb thun wir es nicht. Gefälligkeiten haben Sie von uns nicht zu erwarten — und wir auch von Ihnen nicht: also wozu wollen Sie, daß wir über unsere Verpflichtung hinausgehen? wozu der Lärmen, möchte ich fragen. Wenn wir von Ihnen eine unparteiische, nur das Interesse des Landes erwägende Würdigung zu erwarten hätten, so würde ich auch kein Bedenken haben, die Sache in den Kommissionen zu vertreten. Was hilft es mir, daß ich in die Kommission komme? Ich habe kein anderes Resultat davon, als daß nachher auf der Tribüne hier jeder Satz damit anfängt: Der Herr Ministerpräsident hat gesagt — und dann kommt etwas, was ich nicht immer glaube gesagt zu haben, oder doch wenigstens so aus den Zusammenhang gerissen ist, daß eine Stundenlange Rede dazu nöthig wäre, wenn ich Alles durchgehen und berichtigen wollte, und dazu, m. H., ist mir meine Zeit und meine Lunge zu lieb (Bravo rechts).

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird gestellt und angenommen. Nachdem der Antragsteller Abgeordneter Dr. Virchow das Wort ergriffen, erklärt sich derselbe zur Begründung seines Antrages gegen jede Eroberungspolitik. Er spricht seine Befriedigung darüber aus, daß das Haus durch sein Votum dazu nicht beigetragen habe. Er führt aus, daß es sich hier darum handele, die Staatseinheit zu zertrümmern im Interesse des Junkerthums, und das Land und Volk der Vortheile einer solchen Erwerbung nicht theilhaftig werden zu lassen. Er bittet deshalb um einstimmige Annahme seines Antrages. — Schließlich erhält der Berichterstatter Twesten das Wort. Derselbe weist nach, daß dem Lande aus dem Vertrage Lasten entstanden seien, und daß das Haus über den Umfang und die Art der Belastung mitzusprechen habe. Von einer vorläufigen Okkupation sei hier nicht mehr die Rede, sondern es sei die Besitzergreifung definitiv erfolgt. Dazu hätte die Staatsregierung die Genehmigung des Landtages einholen müssen. Daß Lauenburg nicht das Objekt des Krieges gewesen, sei richtig; aber es sei erobert worden gegen Dänemark. Die Verfassung müsse so ausgelegt werden, wie es sich aus der Verfassung selbst ergäbe, und nicht aus früheren Zuständen, die mit der Verfassung direkt in Widerspruch ständen. (Sehr richtig!) Das Haus solle wenigstens sein Recht für die Zukunft wahren und erklären, daß die Angelegenheit so lange nicht regulirt sei, als die Zustimmung des Hauses fehle. Es habe dazu alle Veranlassung und bitte er deshalb um Annahme des Kommissions-Antrages.

Der Ministerpräsident: Der Herr Vorredner hat mir den Vorwurf gemacht, von dem ich glaube, daß er wissen werde, er sei ungerecht. Er hat die Vermuthung ausgesprochen, daß ich in meiner inneren oder äußeren Politik die äußere vorzugsweise als ein Mittel für die innere zur Förderung des Standes der Regierung gegen Ihre parlamentarischen Ansprüche benutze. Ich muß diesen Vorwurf als einen ungerechten zurückweisen. Mir stehen die auswärtigen Dinge höher als alles Uebrige. Was Sie im Innern an Terrain verlieren, können Sie durch ein liberales Ministerium — was doch im Laufe der Zeit nicht ausbleiben wird (Heiterkeit) — wieder gewinnen, aber in der auswärtigeu Politik giebt es Momente, die nicht wieder kommen.

Ferner hat mich der Redner mißverstanden, wenn er glaubt, mir fehlt es an Zeit, wenn ich den Kommissionssitzungen nicht beiwohnte. Ich habe gesagt, zu einer Widerlegung und Berichtigung alles Desjenigen, was mir in den Mund gelegt worden ist, fehle es mir an Zeit und Kraft. — Das Fernere ist eine thatsächliche Berichtung. Der Herr Vorredner meint, mit dem Postvertrage, den ich als Minister von Lauenburg (Heiterkeit) geschlossen, Preußen eine Last aufgelegt habe. Ich möchte den Herrn Vorredner ersuchen, sich mit dem Fürsten von Thurn und Taxis ins Vernehmen zu setzen, ob das Postregal eine Last sei. Dann muß ich, wenn ich die Grenze einer persönlichen Bemerkung einigermaßen ausdehnen darf, rektifizirend bemerken, um keinen Zweifel zu lassen, daß die Regierung glaubt, die Personal-Union werde so lange zu dauern haben, bis beiderseitiges Einverständniß vorhanden ist, um die Personal-Union in eine Real-Union zu verwandeln. Es ist nicht nützlich ein Beispiel hinzustellen, wonach ein deutscher Staat wie Preußen nur einen Finger hinzureichen habe, um ein anderes Land seiner Eigenthümlichkeiten zu berauben.

Bei der Abstimmung werden zunächst der Antrag der Abgg. Faucher und Michaelis verworfen. Für denselben stimmten nur die Antragsteller nebst einigen Mitgliedern der volkswirthschaftlichen Fraktion, einige Katholiken, einige Mitglieder des linken Centrums und die Altliberalen. Ebenso wird der Antrag des Abgeordneten Reichensperger abgelehnt. Dafür sind nur die Katholiken, die Altliberalen und einige Mitglieder des linken Centrums.

Ueber den Antrag der Kommission ist die namentliche Abstimmung beantragt worden. Dieselbe findet statt; nachdem das Skrutinium geschlossen und während des Zählens theilt der Präsident mit, daß er eine neue Sitzung auf Donnerstag anberaumen wird, sich aber noch vorbehält, die Zeit zu bestimmen. Es soll die heutige Tagesordnung erledigt werden. Das Resultat der namentlichen Abstimmung wird mitgetheilt. Es sind abgegeben 295 Stimmen, die absolute Majorität beträgt somit 148. Es haben mit „Ja" gestimmt 251, mit „Nein" 44. Der Antrag der Kommission ist somit angenommen. Schluß der Sitzung 4 Uhr 25 Minuten.

— (Herrenhaus.) Tagesordnung des Herrenhauses am Donnerstag, den 8. Februar, Nachmittags 1 Uhr: 1) Geschäftliche Mittheilungen. 2) Mittheilungen der Königlichen Staatsregierung. 3) Bericht der Geschäfts-Ordnungs-Kommission über die eingegangenen Anträge auf Ergänzung der §§. 2 und 16 der Geschäfts-Ordnung. 4) Bericht der Matrikel-Kommission.

Pommern.

Stettin, 5. Februar. Die Familie des Schiffsarbeiters Neumann, aus 3 Personen bestehend, wurde gestern Morgens in ihrer Wohnung, Speicherstraße Nr. 4, in Folge von Kohlenoxydgas besinnungslos in ihren Betten aufgefunden. Der herbeigerufene Arzt ließ dieselben ins Krankenhaus bringen und hofft man auf Genesung.

— Ein Dreher im Vulkan verlangte am 26. v. Mts. von seinem Meister höhere Preise für seine Akkord-Arbeiten und gab Letzterem, als seine Forderung nicht gewährt wurde, einen Faustschlag ins Gesicht, so daß die Stelle blutrünstig wurde.

— Vor einigen Tagen wurde einem fremden Fleischergesellen in einem Gasthofe auf der Lastadie, wahrscheinlich durch seinen Schlafgenossen, ein Ueberzieher 2c. gestohlen.

— Aus einem Gartenhause vor dem Königsthore sind in der Zeit vom 29. zum 31. v. Mts. mittelst Eindrückens einer Fensterscheibe verschiedene Kleidungsstücke, Obst 2c. entwendet.

— Die neueste Nummer des „Justiz-Ministerialblattes" enthält ein Erkenntniß des Ober-Tribunals vom 15. Dezember v. J., worin ausgeführt wird, daß wenn Jemand beim Empfange einer Zahlung durch ein Versehen des Zahlenden eine höhere Geldsumme erhält, als der letztere beabsichtigt hatte, z. B. wenn ihm statt eines Hundert-Thalerscheins aus Versehen eine Kassenanweisung über 500 Thlr. eingehändigt worden ist, und der Empfang dieses höheren Werthpapieres nachher wider besseres Wissen von ihm abgeleugnet wird, eine solche Handlung, gleich dem Funddiebstahle, mit Gefängniß von mindestens einem Monate und Untersagung der Ehrenrechte zu bestrafen ist; ferner ein Erkenntniß desselben Gerichtshofes vom 20. Dezember v. J., wonach die Strafe des Widerstandes gegen Abgeordnete der Obrigkeit auch in dem Falle Anwendung findet, wenn in einem Prozesse ein gerichtliches Resolut zur Aufnahme eines Beweises ergangen, und der damit beauftragte Richter an der Vollziehung des Resoluts durch thätlichen Widerstand gehindert worden ist; endlich ein Erkenntniß des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte, dahin lautend, daß wenn ein Steuerempfänger die Annahme eines Steuerbetrages verweigert, weil nach seiner Ansicht der Steuerpflichtige mehr zu zahlen hat, als von ihm offerirt worden ist, der Rechtsweg nicht zu dem Zwecke gestattet werden kann, um den Steuerempfänger zur Annahme des offerirten geringeren Steuerbetrages anzuhalten.

— Die von der Infanterie behufs Erlernung des Feldpionierdienstes zu den Pionier-Bataillonen zu kommandirenden Offiziere und Unteroffiziere sollen künftig nicht nur einmal, sondern dieselben Individuen wiederholt zu diesem Kommando herangezogen werden, damit das während der ersten Kommandirung Erlernte nicht wieder vergessen, sondern aufgefrischt und vermehrt wird. Auch sollen die kommandirten Unteroffiziere künftig nur Professionisten (Zimmerleute, Holzarbeiter, wie Tischler, Böttcher 2c., Maurer und Schiffer) sein. — Bei Bildung der Pionierzüge sollen an Mannschaften zu denselben möglichst 20 Zimmerleute oder Holzarbeiter, 4 Maurer, 4 Schiffer und 8 Bergleute, Schmiede und Schlosser verwendet werden.

— Nach früheren Bestimmungen mußte der Pferdebestand alljährlich, behufs der Gestellung, Auswahl, Abnahme und Abschätzung der Mobilmachungspferde festgestellt werden, und es hatten die Pferdebesitzer ihre Pferde den Musterungs-Kommissarien zur Besichtigung vorzuführen. In Anbetracht der großen Unbequemlichkeiten und Störungen, welchen die Pferdebesitzer durch diese alljährlichen Musterungen ausgesetzt waren, ist angeordnet worden, daß die Pferdemusterungen zu Mobilmachungszwecken nur in einem Zeitraum von sechs zu sechs Jahren, jedoch unter Zuziehung von Militär-Kommissarien stattfinden sollen. Die Gestellungs-Unterlassung wird mit einer für ein jedes Pferd zu zahlenden Exekutivgeldstrafe geahndet.

Gützkow. Dem hiesigen Zimmermeister L. Volkmann ist auf Grund der §§. 1 und 2 des Gesetzes über die Beförderug von Auswanderern von 7. Mai 1853 die Konzession als Unter-Agent des General-Agenten Kaufmanns Constantin Eisenstein zu Berlin zur Beförderung von Auswanderern für die Firma Donati u. Comp. zu Hamburg über den Hafen zu Hamburg, für dte Firma Lüdering u. Comp. in Bremen über den Hafen Bremen nach Amerika — jedoch mit Ausschluß von Brasilien — und nach Australien ertheilt worden.

Stargard. Von Herrn Direktor Carlschulz in Stettin ist auf die Aufforderung hiesiger Kunstfreunde, Lessings „Nathan" hierselbst zur Aufführung zu bringen, die Nachricht eingegangen, daß er die Verpflichtung habe, in Stettin alle Tage zu spielen und es deshalb ihm unmöglich sei, im Winter Auswärts eine Vorstellung zu geben. Auch die Dekoration gerade dieses Schauspiels, welches mehrere orientalische Prospekte erfordere, würde zu viel Schwierigkeiten machen.

Stolp. Wie wir vernehmen, wird beabsichtigt, am hiesigen Orte eine Aktien-Schlächterei zu errichten, und hat zu diesem Zwecke bereits eine Versammlung am 2. d. M. stattgefunden.

Anclam, 3. Februar. In den Preßprozessen gegen die „Ancl. Ztg.", welche noch schweben, steht am Freitag den 9. Febr., Morgens 10 Uhr, vor dem Königl. Appellationsgericht zu Stettin ein Termin an. Es kommt zur Verhandlung die Anklagesache wegen des dem Könige am 11. Juni v. J. von hiesigen Stadtverordneten überreichten, durch die „Ancl. Ztg." veröffentlichten Gedichtes. — In einer anderen Anklage, wegen Abdruck einer Anklageschrift nach Beendigung der mündlichen Verhandlung, sind die Akten an das Königl. Obertribunal gesandt worden.

Vermischtes.

Berlin. Im Juli v. J. riß sich beim Viehtreiben durch die Straßen nach einem Schlachthause ein Ochse los und verletzte einen kleinen Knaben. Die Mutter erhob gegen den Besitzer des Thieres, einen Schlächtermeister, eine Klage auf Entschädigung für die Kurkosten und Arbeitsversäumniß bei der Pflege des Kindes, und das Gericht entschied trotz der Einwendung des Verklagten, daß nicht er, sondern der Führer für den Schaden aufzukommen und die Mutter sich selbst das Unglück zuzuschreiben habe, weil sie das Kind ohne Aufsicht gelassen, zu ihren Gunsten. Das Urtheil führt aus, daß der Besitzer eines jeden Thieres für jeden durch dasselbe verursachten Schaden haften müsse, sobald er die nöthige Aufsicht über dasselbe verabsäumt habe.

Insel Borkum, 29. Januar. Auch hier spürt man jetzt fast gar nichts vom Winter. So sahen wir z. B. heute bei recht lebhaftem Lerchengesange im Garten des Landchirurgus Rhode die Sommerlevkojen und Ringelblumen in verschiedenen Exemplaren und Farben blühen, und das Geisblatt (Caprifolium) auf eine solche Weise jung begrünt und mit neuen, zarten Blüthenknospen versehen, daß man ganz unwillkührlich mitten in den Maimonat versetzt zu sein glaubt.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Aus Wien vom 3., Abends, wird der „Sp. Z." telegraphirt: Es verlautet, daß die Anwesenheit der Minister Mensdorff und Belcredi am kaiserlichen Hoflager in Pesth durch die Herzogthümerfrage veranlaßt sei, über welche unter dem Vorsitz des Kaisers ein engerer Ministerrath nothwendig geworden. Die angebliche Mißbilligung des Verhaltens des Statthalters v. Gablenz wegen der Altonaer Massenversammlung durch das Wiener Kabinet ist unbegründet, weil sie, in Anbetracht der Ausrüstung des Herrn v. Gablenz mit unbestimmten Vollmachten, unzulässig sei. Nichtsdestoweniger hat Graf Mensdorff dem Baron v. Werther über die Massenversammlung sein Bedauern ausgesprochen.

Wien, 3. Februar, Nachmittags. Die „Generalkorrespondenz" meldet, die Fregatte „Schwarzenberg" und die Korvette „Friedrich" werden Ende April unter dem Kommando des Kontreadmirals Tegethof absegeln, um mit China, Siam und Japan Handels- und Schifffahrtsverträge abzuschließen. Dem Abschlusse der Verträge würde die Einsetzung von Konsulaten unmittelbar folgen. Auf der Rückreise werde Tegethof Chile, Peru und die Laplata-Staaten besuchen.

Triest, 3. Februar. Mit der Ueberlandpost eingetroffene Nachrichten aus Suez melden, daß zwischen der Besatzung von Aden und Arabern Feindseligkeiten ausgebrochen.

Triest, 3. Februar. Der fällige Lloyddampfer aus Alexandrien ist mit der ostindischen Post heute Mittag hier eingetroffen.

Kopenhagen, 2. Februar. (Hamb. Nachr.) Es heißt ziemlich zuverlässig, daß die mit dem Konsortium englischer Kapitalisten geführten Unterhandlungen wegen Uebernahme des Betriebes sämmtlicher dänischer Eisenbahnen vollständig gescheitert seien.

Börsen-Berichte.

Stettin, 5. Februar. Witterung: regnigt. Temperatur + 7° R. Wind: West.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, loco pr. 85pfd. gelber 65—69 Rt. bez., mit Auswuchs 62—65 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr $70\frac{3}{4}$ Rt. bez. u. Gd., 71 Br., Mai-Juni $71\frac{3}{4}$, 72 Rt. bez., $71\frac{3}{4}$ Gd., Juni-Juli 73 Rt. bez., Juli-August 74 Rt. Br.

Roggen fester, pr. 2000 Pfd. loco 46—$47\frac{1}{2}$ Rt. bez., Febr. $46\frac{1}{4}$ Rt. Gd., Frühjahr $47\frac{1}{4}$, $\frac{3}{8}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni $48\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez., Juni-Juli $49\frac{1}{2}$ Rt. bez., Juli-August $49\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez., Br. u. Gd.

Gerste loco per 70pfd. schlesische 30—39 Rt. bez, posener geringe $35\frac{1}{2}$ Rt. bez., 70pfd. Frühjahr schlesische 40 Rt. bez.

Hafer loco 50pfd. 27—$27\frac{1}{2}$ Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr 29 Gd.

Erbsen, Futter- Frühjahr 49 Rt. bez.

Rüböl fester, loco $15\frac{1}{3}$ Rt. Br., Februar 15, $14\frac{11}{12}$ Rt. bez., 15 Br., April-Mai $15\frac{1}{4}$ Rt. bez., Septbr.-Oktbr. $13\frac{1}{2}$ Rt. Br., $13\frac{1}{3}$ Gd.

Spiritus fest, loco ohne Faß $14\frac{1}{6}$, $\frac{1}{3}$ Rt. bez., Februar-März $14\frac{1}{4}$ Rt. Gd., Frühjahr $14\frac{5}{6}$ Rt. bez., Mai-Juni $15\frac{1}{12}$ Rt. bez., $15\frac{1}{6}$ Rt. Gd., $15\frac{1}{3}$ Rt. Br., Juni-Juli $15\frac{5}{12}$ Rt. bez., Juli-August $15\frac{2}{3}$ Rt. bez.

Angemeldet: 50 Wspl. Roggen.

Berlin, 5. Februar, 2 Uhr — Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 89 bez. Staats-Anleihe $4\frac{1}{2}$% $100\frac{3}{4}$ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Akt. 135 bez. Stargard-Posener Eisenb.-Actien 97 Gd. Oesterr. Nat.-Anleihe $164\frac{1}{4}$ bez. Pomm. Pfandbr. $93\frac{1}{4}$ bez. Oberschles. Eisenbahn-Aktien 177 Br. Amerikaner $71\frac{1}{2}$ bez.

Roggen Februar $46\frac{1}{4}$ bez., $\frac{3}{8}$ Gd., Frühj. $46\frac{3}{4}$, 47 bez., Mai-Juni $47\frac{1}{2}$, $\frac{7}{8}$ bez. Rüböl loco $15\frac{3}{4}$ bez., Februar $15\frac{1}{2}$ bez., $\frac{7}{12}$ Br., Febr.-März $15\frac{1}{2}$ Gd., April-Mai $15\frac{11}{24}$, $\frac{13}{24}$ bez. Spiritus loco $14\frac{13}{24}$ bez., Februar-März $14\frac{5}{12}$ bez., $\frac{1}{2}$ Br., April-Mai $14\frac{5}{6}$, $\frac{23}{24}$ bez., Mai-Juni $15\frac{1}{12}$, $\frac{5}{24}$ bez.

Hamburg, 3. Februar. Getreidemarkt sehr ruhig. Weizen loco weichend. Per Februar 5400 Pfd. netto 115 Bkothlr. Br., 113 Gd. Per April-Mai 120 Br., $119\frac{1}{2}$ Gd. — Roggen loco weichend, per Februar 5100 Pfd. Brutto 81 Br. u. Gd. Per April-Mai 81 Br., $80\frac{1}{2}$ Gd. Oel pr. Mai $33\frac{1}{2}$—$33\frac{5}{8}$, matt, pr. Oktober $27\frac{7}{8}$, still. Kaffee leblos. Zink-Inhaber halten fester, umsatzlos. Wetter: feucht, stürmisch.

London, 3. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen per Mai fester, zu 182 abgeschlossen, pr. Oktober unverändert 188. Rapps geschäftslos.

Stettin, den 5. Februar.

Berlin	kurz	—	Pom. Chauss.-		
"	2 Mt.	—	bau-Oblig.	5	—
Hamburg	6 Tag.	$152\frac{7}{8}$ G	Used.-Wollin.		
"	2 Mt.	—	Kreis-Oblig.	5	—
Amsterdam	3 Tag.	144 G	S.. S..-V.-A.	4	—
"	2 Mt.	—	Pr. N..-V.-A.	4	116 G
London	10 Tag.	6 $25\frac{7}{8}$ bz	Pr. See-Asse.-		
"	3 Mt.	6 $21\frac{7}{8}$ bz	Comp.-Act.	4	—
Paris	10 Tg.	—	Pomerania	4	110 B
"	2 Mt.	—	Union	4	102 B
Bordeaux	10 Tg.	—	St.Speich.-Act.	5	—
"	2 Mt.	—	V.-Speich.-A.	5	—
Bremen	3 Tg.	—	Pomm. Prov.-		
"	3 Mt.	—	Zuckers.-Act.	5	1200 B
St. Petersbg.	3 Wch.	—	N. St. Zucker-		
Wien	8 Tag.	—	Sieder.-Actien	4	—
"	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-		
Preuss. Bank	5	Lomb. $7\frac{1}{2}$ %	Fabrik-Anth.	4	—
Sts.-Anl.5457	$4\frac{1}{2}$	—	Bredower "	4	—
" "	5	—	Walzmühl-A.	5	—
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	—	St.Portl.-Cem.-		
P. Präm.-Anl.	$3\frac{1}{2}$	—	Fabrik	4	—
Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—	Stett. Dampf		
" "	4	—	Schlepp-Ges.	5	306 B
" Rentenb	4	—	Stett. Dampf-		
Ritt. P.P.B.A.			schiffs-Verein	5	—
à 500 Rtl.	—	—	N. Dampfer-C	4	—
Berl.-St. Eis.-			Germania	4	106 B
Act. Lt. A. B.	4	—	Vulkan	4	—
" Prior.	4	—	Stett. Dampf-		
"	$4\frac{1}{2}$	—	mühlen-Ges.	4	—
Starg.-P. E.A.	$3\frac{1}{2}$	—	Pommerensd.		
" Prior.	$4\frac{1}{2}$	—	Chem. Fabrik	4	103 bz
Stett. Stdt-O.	$4\frac{1}{2}$	—	Chem. Fb.-Ant.	4	—
Stett. Börsh.-			Stettin. Kraft-		
Obligationen	4	—	Dünger-F.-A.	—	—
St. Schausp.-			Gemeinnützige		
Obligationen	5	—	Bauges.-Anth.	5	—